

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Städten erhältlich

Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 22. Juli 1930 Nummer 168

Zur heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags

Die sächsischen Nazis wollen Arbeitsbeschaffung verhindern

Regierungshandel mit den Spedjoll-Parteien gescheitert

Dresden, den 22. Juli.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion erklärt in einer Mitteilung an die Presse, daß sie die Vorschläge Dr. Webers zur Regierungsbildung ablehnen und die Auflösung des Landtages fordern werde.

Nachdem der deutschnationale Spedjollkandidat der Nazis, Otto Nidda, in der letzten Landtagsitzung nicht gewählt wurde, hat die Wirtschaftspartei Dr. Weber, den bisherigen Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Weber hat zu den bürgerlichen Parteien einen Brief über die Befreiung der Wirtschaft geschrieben, in dem er betont, daß die Faschisten aus juristischen und moralischen Gründen das Vollverbot nicht erhalten könnten. Er hat ihnen das Ministerium angeboten. Das lehnen die Nazis ab.

Diese Tatsachen beleuchten blühartig die wirkliche Rolle der Faschisten. Sie, die den Wählern in der Wahlversammlung versprochen, alles daranzusetzen, daß Arbeit beschafft werde, damit die Arbeiter Lohn und Brot erhalten, das die Lage der Gewerbetreibenden durch Hebung der Produktion verbessert wird, haben diese Versprechungen in den Wind geschlagen. Minister usw. wollen die Nazis, Polizei-Ministerpolen, um den Polizeiapparat in die Hand zu bekommen. Sie wollen mit Hilfe der Polizeigewalt den Kampf der Arbeiter um Arbeit und Brot, den Kampf der Werkstätigen gegen das Elend der Youngklaverei niederzuschlagen. Die Nazis entlarven sich als die Krupellosesten Youngkronen gegen die Werkstätigen.

Die Forderung der Wirtschaftspartei in dem Aufruf um die Befreiung der Ministerien erhält einwandfrei, daß sie nicht ist, mit allen Mitteln für eine faschistische Regierung zu kämpfen. Diese Wirtschaftspartei ist aber von der SPD und Böchel als „Koalitionswürdig“ befunden worden. Brand versucht bekanntlich, seine Koalitionswürdigkeit mit der exzentrischen Wirtschaftspartei zu beweisen, indem er eine kleine Fraktion die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „abänderte“ in Viten an die Diktatur-Regierung Brüning. Die SPD-Fraktion wird auch jetzt, nachdem ihr erst der

Stahl vor die Tür gesetzt wurde, zu einer Koalition bereit sein. Allerdings werden die Böchel und Co. darum bitten, daß ihnen angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen einige Agitationsphrasen gestattet werden.

Die Zulassung der Klaffenkräfte erschwert die Regierungsbildung von Tag zu Tag mehr. Eine Lösung aus dem Dilemma gibt es für die bürgerlichen Parteien nicht. Allein die Kommunistische Partei hat Forderungen eingebracht, die unmittelbar der Notlage der Werkstätigen begegnen können. Die Faschisten wollen der Entschcheidung dadurch aus dem Wege gehen, daß sie den Landtag aufzulösen beantragen. Die Kommunisten werden diesem Manöver entschlossen entgegenzutreten. Sowohl, wir sind für die Auflösung des Landtages, aber erst fordern wir, daß unser Arbeitsbeschaffungs-

programm ohne „Abänderung“ verabschiedet wird. Die kommunistische Fraktion wird den sächsischen Arbeiterfreunden nicht gestatten, zu knifeln.

Die Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen aber werden aus den Manövern um die Regierungsbildung erkennen, daß jetzt der außerparlamentarische Massenkampf verstärkt werden muß. Die Komagproleten weisen den sächsischen Arbeitern den Weg. Ueberall muß jetzt die Lösung:

Geschlossene Kampffront, Streik für Arbeit und Brot, Streik gegen Lohnraub, Zusammenstoß aller Arbeiter und Erwerbslosen unter Führung der KPD, Massenvertretung auf dem 2. Landeskongreß der KPD, Massen demonstration am 1. August verwirklicht werden.

Reichsbannerarbeiter von Stahlhelm niedergestochen

Aber die SPD-Führer paradieren mit dem Stahlhelm vor Hindenburg und dem Bischof von Mainz

„Schon die bloße Selbstachtung verbietet es den rheinischen Arbeitermassen, sich mit diesen Gejerten zusammen an der Befreiungsfeier zu beteiligen.“ (Das Kölner SPD-Organ nach Aufhebung des Stahlhelmsverbot.)

Von den sozialdemokratischen Führern „politische Selbstachtung“ zu verlangen, wäre zu viel verlangt. Nur natürlich, daß bei dem Befreiungsummel im Rheinland diese SPD-Führer

gemeinsam mit dem Stahlhelm Spalier vor Hindenburg und dem Mainzer Bischof bilden. Wenn diese „Arbeiterführer“ die revolutionären Wehrorganisationen gegen den Faschismus verbieten, das Stahlhelmsverbot aufheben, warum sollen sie ihre Tat und Gesinnungsgemeinschaft mit den Faschisten, dem Diktator Hindenburg und den Völkern nicht öffentlich demonstrieren?

Schändlich ist aber der Mißbrauch der Reichsbannerarbeiter durch diese Führer.

Ebenso bedauerlich aber, daß sozialdemokratische Arbeiter noch heute dieser Reichsbannerorganisation angehören. Gerade bei den jungen „Befreiungsfeier“ am Rhein zahlen dutzende Reichsbannerarbeiter ihre Gefolgschaft zu Hörsing mit ihrer Gesundheit. Die Dresdner Volkszeitung von gestern jammert über die Mainzer „Befreiungsfeier“:

„Bei den Zusammenstößen am Sonntag hatte das Reichsbanner bis 8 Uhr abends 10 Verletzte, darunter 3 mit schweren Verletzungen. Die Stahlhelmsleitung hat geradezu provozierend gehandelt. Unter anderem wurden große Stahlhelmsabteilungen vor der Durchfahrt des Reichspräsidenten ohne Notwendigkeit demonstriert durch die Straßen geführt, in denen das Reichsbanner zur Spalierbildung aufgestellt genommen hatte.“

Am Sonnabend wurden in St. Priest 3 Valiantos, auf denen sich viele Reichsbannerleute befanden, von mehreren dutzenden Stahlhelmsleuten aus dem Hinterhalt überfallen und mit Steinen bombardiert. Der Ueberfall war

Frecher Anschlag auf Glot

Schlech-Regierung will Teilnahme sächsischer Kinder verhindern

Das Ministerium für Volksbildung hat auf Grund der Verordnung vom 19. Juli 1927 die Teilnahme von sächsischen Kindern an dem Arbeiterkinder-Welttreffen der Kommunistischen Partei in Berlin vom 23. bis 27. Juli 1930 verboten. Es dürfen also keine Sammeltransporte oder gemeinsame Abfahrten stattfinden. Das Polizeipräsidium wird die Einhaltung des Verbotes überwachen.

Eine glänzende Arbeitsteilung! Erst verbieten sozialdemokratische Staatsfunktionäre das Kinderreffen in Halle, um (wie delorgi!) die Kinder vor Diphtherie zu schützen. Die Sachregierung ist weniger rücksichtsvoll und verbietet die Beteiligung ohne jegliche Begründung. Aber sowohl der Terror der Sozialfaschisten wie des Bürgerblods werden nicht verhindern, daß das Weltkinderreffen unter Massenbeteiligung stattfindet.

Mansfeld kämpft weiter!

Wenn die KPD führt / Reformistischer Dolchstoß pariert / Stahlhelm-Streifbrecher zum Teufel gejagt

Halle, 22. Juli. (Eigener Bericht.)

Am Freitag und Sonnabend fanden Massendemonstrationen im Streikgebiet statt. In stark beleuchteten Rundgebungen der KPD wurden die Versammelten einmütig jeden Lohnabzug ab und gegen die Gewerkschaftsbürokratie jedes Rechts ab, in ihrem Namen Verhandlungen mit der Mansfeld-KG zu treffen. Auch in den Gewerkschaftsmitgliederversammlungen wurden einstimmig die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der Mansfeld-KG und der Regierung abgelehnt. Die große Mehrheit der Arbeiter ist fest entschlossen, den Streik weiterzuführen.

Der Stahlhelmführer Düsterberg konnte keine Versammlung abhalten, sondern hat sich unter riesigem Polizeischutz vor den Massen verziehen müssen, während zu gleicher Zeit die KPD unter lautem Jubel der Bevölkerung auf dem Marktplatz sich in Zerstreuung versammelte.

In den Sonabendversammlungen in Hettstedt wurden 2 Arbeiter vom Posaunenchorverband und vom Deutschen Metallarbeiterverband, darunter zwei Funktionäre, und ein christlicher Prediger, in die oppositionelle Streikleitung gewählt. Unter dem Vorwand hat die Gewerkschaftsbürokratie eine von ihr beschlossene Anmeldung zur Arbeitsaufnahme am Sonnabend nicht wieder zurückgezogen und erklärt: Der Streik geht noch vorläufig weiter! Die Zentralstreikleitung der KPD hat im Namen der Mansfeld-Arbeiter an die Direktion der Mansfeld-KG ein Schreiben gerichtet, in dem jeder Lohnabbau abgelehnt und die Forderungen der KPD erneut unterstrichen wurden.

Seit heute früh wurden im ganzen Mansfelder Land Streikposten von der KPD verstärkt. Die offiziellen Streikposten der Reformisten waren teilweise zurückgezogen, aber die meisten der bis jetzt von den Gewerkschaftsleitungen bestimmten Streikposten

gingen zusammen mit den oppositionellen Kameraden weiter auf Streikposten.

5 Mark Lohnkürzung

Antwortet mit Streik / Delegiert zum KPD-Kongreß

Reichen, den 22. Juli.

Den Arbeitern der Reichner Eisenindustrie wurde von der Direktion mitgeteilt, daß eine Lohnkürzung in Höhe von 5 Mark pro Woche durchgeführt werde. Setzt den Kampf gegen den unerhörten Anschlag zu organisieren, haben sich die Reformisten auf Schlichtungsverhandlungen, das heißt auf Lohnkürzung geeinigt.

Die Arbeiter müssen dieses Verräterspiel durchkreuzen und den Weg der glücklichen Posaunen-Arbeiter beschreiten, die auf den Lohnabbau mit Streik geantwortet haben.

50 Prozent Affordürzu

bei Münches Erben in Ebersbach — Einstimmige Ablehnung der streichen Unternehmensforderung

Ebersbach, 22. Juli.

Die Firma Wagner u. Moros, Jitta, der der Betrieb Hermann Münches Erben, Ebersbach, angeschlossen ist, hat dem Betriebsrat der Firma Münches Erben mitgeteilt, daß die Affordürzu um 50 Prozent gekürzt werden sollen. Die Versammlung der Belegschaft beschloß einstimmig, diesen Lohnraub abzulehnen und den härtesten Kampf dagegen zu führen.